

Das staatliche Budget.

Kriegs- und Friedensziffern.

In der Aufstellung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen für das Verwaltungsjahr 1916/17, die nach der gestern verlautbarten Verordnung des Gesamtministeriums dem Staatsrechnungsabluß für diese Periode zugrundegelegt werden soll, werden zum erstenmal während des Krieges wirkliche, oder besser gesagt, reelle Voranschlagsziffern angeführt. Denn das für den gleichen Zweck bestimmte, im Vorjahre der damaligen kaiserlichen Verordnung beigelegte Ausgaben- und Einnahmenschema für das Verwaltungsjahr 1915/16 enthielt nur fiktive Ziffern; sie waren auf dem Budget der Friedenszeit aufgebaut und haben die Tatsache, daß wir uns im Kriegszustande befinden, beinahe gänzlich außeracht gelassen. Da aber dieses Schema dadurch gleichsam das letzte Friedensbudget repräsentiert, so eignet es sich sehr gut zum Vergleich mit den gestern in gleicher Form veröffentlichten Ausgabe- und Einnahmeziffern. Wir werden dadurch zwar nicht, wie die äußere Aufmachung vermuten ließe, darüber belehrt, welche Wandlungen das Budget im Verwaltungsjahr 1916/17 gegenüber dem des Jahres 1915/16 durchgemacht hat, aber es wird deutlich der Unterschied zwischen dem letzten Friedensbudget und dem Budget 1916/17, also annähernd dem des fünften und sechsten Kriegshalbjahrs, offenbar. Wollte uns früher die Regierung in übelangebrachter Schonung die finanzielle Lage des Staates im Kriege nicht enthüllen, so zögert sie diesmal nicht, uns reinen Wein einzuschütten, wenn auch ungünstige Voranschlagsziffern für gewöhnlich, verglichen mit den endgültigen Ergebnissen, noch immer allzu gut gefärbt erscheinen. Allerdings ist auch die jetzige Aufstellung der Staatsausgaben und Einnahmen nicht vollständig. Die vielen Milliarden, die für die eigentliche Kriegführung für die mobilisierte bewaffnete Macht ausgegeben wurden, sind nicht nachgewiesen. Denn die Beitragsquote Oesterreichs zur Verrichtung der gemeinsamen Auslagen hält sich im Rahmen des Friedensbudgets; sie beläuft sich auf 246-50 Millionen Kronen und ist sogar um rund 10 Millionen geringer als im Vorjahre. Aber abgesehen von dieser allerdings höchwichtigen Nachweisung haben wir diesmal schon kriegswirtschaftliche Grundlagen zum Staatsrechnungsabluß vor uns. Der Vergleich mit dem Vorjahre zeigt deutlich, welche ungeheure Veränderung der staatliche Haushalt durch den Krieg erfahren hat. Naturgemäß vor allem in den Staatsausgaben.

Die Ausgaben des Ministeriums des Innern sind von 61 auf 146 Millionen Kronen gestiegen, und zwar hauptsächlich infolge der Auslagen, die die Fürsorge für Kriegsbeschädigte (8 Millionen Kronen) und besonders für Kriegsflichtlinge (70 Millionen Kronen) hervorruft. Die Ursache der Steigerung des Ausgabenbudgets im Ministerium für Landesverteidigung von 122 auf den gewaltigen Betrag von 1778 Millionen Kronen ist auf die Unterhaltsbeiträge zurückzuführen, die im letzten Verwaltungsjahre mit 1650 Millionen angelegt wurden. Noch größer ist die Ausgabensteigerung im Finanzministerium (von 990 auf 2868 Millionen Kronen), in erster Linie eine Folge des gewaltigen Anschwellens der Staatsschulden. Für deren Verzinsung werden, einschließlich des verhältnismäßig sehr geringfügigen Tilgungserfordernisses, 1823 Millionen Kronen eingestellt gegen bloß 530 Millionen im vorhergehenden Jahre. Dann sind, um nur die wichtigsten Posten zu nennen, infolge der Kriegshilfsmaßnahmen für Staatsbedienstete Auslagen im Betrage von 243 Millionen und infolge der „allgemeinen Kriegshilfsmaßnahmen“ von 243½ Millionen erforderlich. Vom letztgenannten Betrage entfallen auf den Wiederaufbau der durch den Krieg unmittelbar betroffenen Gebiete 150 und auf die Hilfeleistung zur Erleichterung der Lebensführung der mindestbemittelten Volksschichten 90 Millionen Kronen. Die Ausgaben des Eisenbahnministeriums sind von 853 auf 1127 Millionen gestiegen. Das ist hauptsächlich der Steigerung der Kosten des Staatsbahnbetriebes um 95 Millionen, der Erhöhung der Aufwendungen für Fahrbetriebsmittel um 128 Millionen und schließlich der Einstellung einer Post von 50 Millionen Kronen für bauliche Herstellungen zuzuschreiben. Im Ministerium für öffentliche Arbeiten werden für die Wohnungsfürsorge erfreulicherweise rund 4 Millionen Kronen mehr als vordem bestimmt; die Ausgaben für die staatlichen Berg- und Hüttenwerke erhöhen sich um 18 Millionen und die der „Staatsmontanfabriken“ um 28 Millionen Kronen. Die Ausgaben für Pensionen werden mit 153 Millionen Kronen beziffert, das ist gegenüber der vorjährigen Ausgabe um 13 Millionen mehr.

Während die Staatsausgaben insgesamt um 3974 Millionen, nämlich von 3258 auf 7232 Millionen, also um mehr als das Doppelte höher sind, haben die Gesamteinnahmen bloß eine Steigerung von 679 Millionen Kronen erfahren (von 3209 auf 3888 Millionen Kronen). An dieser Steigerung partizipiert vor allem das Finanzministerium mit 511 Millionen, was durch Ansetzung folgender wichtiger Mehreinnahmen erzielt wird: Der Anteil des Staates an dem Reingewinn und an der Notensteuer der Oesterreichisch-ungarischen Bank stellt sich um rund 8 Millionen Kronen höher. Als neue Einnahmeposten erscheint der Erlös aus dem Verkauf von Valorisationskaffee mit 14 und aus dem Verkauf von Lebensmitteln mit 3 Millionen Kronen. Die Realsteuern sind um 29, die Personalsteuern um

171 Millionen höher, während als neue Steuer die Kriegsgewinnsteuer mit 100 Millionen eingestellt wird. Die Zolleinnahmen sind um 22 Millionen geringer. Die Verzehrungssteuern sind um 39 Millionen höher, darunter bildet eine neue Post die Zündmittelsteuer mit 18 Millionen Kronen. Die neuen Steuern im Eisenbahnverkehr werden, zuzüglich der Fahrartensteuer, mit 49 Millionen angelegt, gegen 28 Millionen im Vorjahre. Der Erlös der Staatslotterien wird bemerkenswerterweise mit 37 Millionen geringer (71 gegen 108 Millionen Kronen) beziffert. Die Bevölkerung spielt weniger — sie hat weniger Geld zum Spielen. Auch die Militärtaxe ist um etwa 1½ Millionen kleiner geworden; sie beträgt diesmal etwas mehr als 3 Millionen Kronen. Das Tabakgefälle zeigt die ganz schöne Einnahmesteigerung von 153 Millionen (508 gegen 355). Hieran schließt sich als neue Einnahme der Betrag von 3½ Millionen als Ergebnis des Süßstoffmonopols. Im Budget des Handelsministeriums stellt die Post- und Telegraphenankalt eine Mehreinnahme von 47 Millionen Kronen auf. Die Einnahmen des Eisenbahnministeriums werden mit 86 Millionen Kronen angelegt — eine zum größten Teil fiktive Post, weil sie vornehmlich aus der Steigerung durch den Kriegsverkehr herrührt, den doch der Staat aus seinem eigenen Säckel bestreitet. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Einnahmen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten mit 33 Millionen Kronen höher beziffert werden.

Somit stehen zur Deckung der Gesamtausgaben von 7232 Millionen bloß Gesamteinnahmen von 3888 Millionen zur Verfügung, während in den Grundlagen des Rechnungsabchlusses für das Verwaltungsjahr 1915/16 die Gesamtausgaben nur 3258, die Gesamteinnahmen 3209 Millionen betragen haben. Der verhältnismäßig kleine Abgang von bloß 49 Millionen hat sich somit auf 3344 Millionen, auf mehr als drei Milliarden Kronen erhöht. Des Vergleiches wegen sei angeführt, daß die Abrechnung im letzten Friedensjahre einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben von 25 Millionen ergab, während das vorhergehende Jahr 1912 mit einem Abgang von 11 Millionen Kronen abgeschlossen hat.

Die im vorstehenden behandelten Ziffern stellen unsere finanzielle Lage keineswegs im rosigen Lichte dar. Die Finanzverwaltung und das Parlament werden mit allem Ernste daran gehen müssen, zur Bannung des übergroßen Defizits zweckdienliche Mittel anzuwenden. Das Gleichgewicht im Staatshaushalt muß unter allen Umständen in nicht allzuferner Zeit wiederhergestellt werden. Aber wie?